

- > Visa
- > Paßentzug | Paßversagung
- > Heiraten | Lebenshilfe
- > Heiraten im Ausland
- > Rechtsberatungen
- > Übersetzungen
- > and more ...

Büro Gattermann
วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 - THAILAND -
☎ 0066 - 930817923 📠 0861 - 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

„Im nächsten Leben werde ich Jude oder Spanier oder Eskimo oder ein radikaler Anarchist wie alle Welt auch. Bloß nicht Deutscher – das tut man nur einmal, aus Buße, aber damit hat sich's“ (John le Carré, in: „Die Libelle“, S. 28).

Die Mär von der deutschen Kollektivschuld – und ihre Profiteure

Seiten 548 ff.

Die Profiteure der „instrumentalisierten Schande“

Insgesamt ist der Sozialismus in Deutschland bis heute zweimal gescheitert, wie gewöhnlich hatten nach Auffassung der „Eliten“ nicht sie selbst, die „Führer“ und Verführer, sondern die unwürdigen Deutschen, die teils Ge-, teils Verführten, die „Mitgenommenen“ versagt, vor allem aber diejenigen, die sich nicht „mitnehmen“ lassen wollten. Sie, die „Eliten“, hatten die richtigen Theorien, bei deren Umsetzung nur „die Menschen draußen im Lande“ scheiterten. Wie betont, forderte deswegen schon Hitler ihren Untergang, den zu vollenden nun Merkel angetreten ist:

„Wenn ich untergehen soll, dann soll auch das deutsche Volk untergehen, denn dann ist es meiner nicht würdig gewesen.“

Nationalsozialismus samt nachfolgender „Reeducation“ und „Greuelpropaganda“ boten den Bodensatz für den neuen (unter Adenauer noch nationalen) Sozialismus, der untergegangen wurde einfach in ein „bürgerlich-kapitalistisches Zeitalter“ – und damit „rechts“ – umgelogen, das Kürzel „Nazi“ half und hilft, den Sozialismus aus dem Namen zu tilgen und Sozialisten als professionelle Gut-Menschen – die Opposition zu den Nazis – erscheinen zu lassen; fortan stand, wie schon im Dritten Reich, der Kampf gegen Rechts, gegen preußische Tugenden und das Bürgerliche, ganz oben auf der Agenda.

...

„Nach einem Tag Seminar hat Neuhöfer offensichtlich etwas mit seiner Schulung geschafft: Er hat Verständnis geweckt.“¹ Oder demonstriert, daß „wir integrationswillig sind“.

Auch der Begriff „Überbelegung“ wurde inzwischen „bereichert“, neben die tatsächliche trat inzwischen die fiktive – beide gehen zu Lasten der Wertschöpfer:

„In Marxloh gibt es Meldedressen, bei denen bis zu 6.000 Personen pro Haus registriert sind“ – oftmals nur mit dem Ziel, Sozialhilfe beantragen zu können, so der GdP-Bundes-Vize. Durch eine immer weiter fortschreitende Vernachlässigung“ ganzer Wohngebiete hätten sich immer stärker Parallelgesellschaften gebildet.“²

Mit 6.000 Gemeldeten pro Haus, einem offenen Anschlag auf den Sozialstaat, ohne daß das auffallen soll? Wie können 6.000 Ausländer an einer Wohnadresse registriert sein, ohne daß auch nur einem Sachbearbeiter das ständige Auftauchen der ständig gleichen Anschrift aufgefallen wäre? Der Grund dürfte weniger in Korruption zu erblicken sei, als vielmehr in der kulturellen Bereicherung „gelebter Orient“, einer Unterwürfigkeit gegenüber dem Nächsthöheren innerhalb der Hierarchie. Denn das ist – wie schon die Zahl dieses einen Hauses zeigt – keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Auch hier gilt ganz besonders der das Geld betreffende Ausspruch des Taxifahrers Fischer: „Hauptsache die Deutschen haben es nicht“.³

Wir schenken uns an dieser Stelle auch den aktuelleren Fall, als zwei Zeitarbeiterinnen in einem Jobcenter ihren Job verloren, weil sie die Akten hilfeschender Mehrfachbezügler gegen den Willen ihres Vorgesetzten der zuständigen Staatsanwaltschaft überließen.

Die Namen der kriminellen Vereinigungen (§ 128 StGB) klingen so, wie es die Behörden gerne haben: „Agentur für Beschäftigung und Integration“ oder „Gesellschaft für Familie und Gender Mainstreaming“. Und wenn der Vorsitzende beider Organisationen dann noch einen türkischen Namen trägt und Vater eines Abgeordneten der „Gerechtigkeits“-SPD ist, ist die Basis für ein Rundum-Vertrauen geschaffen – erst recht, wenn es um Einwanderung geht.

Im Gegenzug – eine Hand wäscht die andere – gibt es dafür Backschisch: Für seinen Sohn, den (paß-deutschen) bremischen Bürgerschaftsabgeordneten Patrick Cem Öztürk, hatte Selim Öztürk schon im Wahlkampf 2015 mit Hilfe seiner staats-ali-mentierten Vereine massive Werbung gemacht und dabei vorgetäuscht, große Sozialorganisationen wie der Paritätische Wohlfahrtsverband („Bündnis der Sozialeinrichtungen“) unterstützten den Wohlfahrtspolitiker. Die getürkte Propaganda hatte Erfolg, der Sohn holte ein Mandat (trat aber erst am 24. Oktober aus der Partei aus und behielt „sein“ Mandat). Die Staatsanwaltschaft warf ihnen zunächst gewerbsmäßigen Betrug in zweistelliger Millionenhilfe zu Lasten der Steuerzahler vor.

„Der Betrug funktionierte so: Zuwanderer aus EU-Ländern bekommen zunächst lediglich Kindergeld, wenn sie nach Deutschland einwandern. Erst nach sechs Monaten Arbeit sind sie sozialhilfeberechtigt. Öztürks Vereine stellten Arbeitsbescheinigungen aus, so daß die

¹ **Schulung für Vermieter: Der neue Mieter aus dem Orient**, Spiegel v. 01.08.2017, v. Nicolai Kwasniewski

² **Ist der Sozialstaat zur Plünderung freigegeben?**, Tichys Einblick v. 09.04.2018

³ „Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu ‚Ungleichgewichten‘ führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.“

Migranten sofort Transferleistungen erhielten. 100 Euro im Monat mußten sie an den Kriminellen abgeben.

Da sich das herumsprach und offenbar auch angeworben wurde, kamen in kürzester Zeit immer mehr Menschen osteuropäischer Herkunft und vorwiegend türkischer Sprache nach Bremerhaven, um auf diese kriminelle Weise Sozialhilfe zu ergaunern. Nach Unterlagen des Jobcenters, die der Jungen Freiheit vorliegen, waren es bereits im Februar vergangenen Jahres ,186,4 Prozent mehr als im Februar 2014'. Insgesamt befanden sich demnach schon vor knapp anderthalb Jahren ,1.034 Personen mit bulgarischer Staatsangehörigkeit im Leistungsbezug'.“⁴

Anders als in Marxloh, kam das den Beamten spanisch vor. Der Geschäftsführer des Jobcenters Bremerhaven, Friedrich-Wilhelm Gruhl, vermerkte in einer Zeitleiste schon im April 2014:

„Erste Zweifel an der Identität einzelner Bulgaren, besonders der Kinder.“⁵

Einige Monate später „wird die Geschichte sehr auffällig“:

„Seit Sommer 2014 sind deutliche Strukturen bei verstärktem Zuzug erkennbar“,

notierte er:

„Firmen besorgen Wohnungen, Arbeitsverträge, füllen Formulare aus und begleiten bei Behördenbesuchen. Erste Berichte tauchen an unterschiedlichen Stellen in der Stadt auf, daß Arbeitsverträge, Rechnungen bei Selbständigkeit und andere Formulare erkaufte werden. Erste Erkenntnisse über mehrfach vermietete Wohnungen und weiße Kastenwagen, die Männer zu einem sogenannten Arbeitsstrich bringen.“⁶

Getan wurde jedoch auch hier nichts, es geschah das, was man gemeinhin unter Verwaltung von behördenübergreifenden Mängeln kennt. Der Geschäftsführer des Jobcenters:

„Ab 2015 starker Zuzug in verfestigt organisierte Strukturen, sowohl von türkischen Bulgaren, als auch erstmals von Griechen, die einer türkischsprechenden Minderheit rund um Xanthie angehören.“⁷

Selbst als die Verwaltung vor lauter Betrugsfällen kaum noch Luft holen kann, wird munter weiter Sozialhilfe gezahlt und keine Strafanzeige erstattet. Das Jobcenter bespricht sich mit Zoll und Kripo und „versucht“ nun, auf das Problem „aufmerksam zu machen“. Aber: „Ein handfester Ermittlungsgrund wird dabei, trotzdem laut NDR ein „Schaden von mehr als sechs Millionen Euro“ entstanden ist, nicht gefunden. Auch über den Bereich Steuerfahndung kommen keine Ermittlung zustande.“⁸

So läßt man weiter die Steuerzahler abzocken. Gruhl hielt fest: „Monatelang strömten Zuwanderer so zahlreich ins Jobcenter Bremerhaven, daß sämtliche Prozesse an die Grenze der Leistungsfähigkeit gebracht werden.“ Erst am 26. August 2015, 16 Monate nach den ersten Verdachtsfällen, erstattet Gruhl Strafanzeigen und fordert die unberechtigt empfangenen Leistungen zurück.

⁴ **Sozialbetrug: Das Füllorn des Herrn Öztürk**, Junge Freiheit v. 02.07.2016, v. Reinhold Bertold

⁵ **Sozialbetrug: Das Füllorn des Herrn Öztürk**, Junge Freiheit v. 02.07.2016, v. Reinhold Bertold

⁶ **Sozialbetrug: Das Füllorn des Herrn Öztürk**, Junge Freiheit v. 02.07.2016, v. Reinhold Bertold

⁷ **Sozialbetrug: Das Füllorn des Herrn Öztürk**, Junge Freiheit v. 02.07.2016, v. Reinhold Bertold

⁸ **Sozialbetrug: Das Füllorn des Herrn Öztürk**, Junge Freiheit v. 02.07.2016, v. Reinhold Bertold

Einzigste Folge: Die Schutzsuchenden suchen wieder Schutz. Allein im April 2016 verlassen 550 Südosteuropäer Bremerhaven genauso schnell wie sie gekommen waren. Doch:

„Da ist das soziale Füllhorn allerdings bereits zwei Jahre über Tausende Betrüger ausgeschüttet worden. Von Verhaftungen ist bisher keine Rede.“⁹

Es geschah, was in solchen Zusammenhängen geschehen „muß“: Schuld sind „die Deutschen“. Die Linke ereiferte sich, daß die „Zuwanderer ausgenutzt“ wurden, Ihr Sprecher nennt die tausendfachen Betrügereien „Ausbeutung von Billiglöhnern“, den Duktus hat auch die Gerechtigkeits-SPD übernommen.

Bis heute wurde weder gegen Vater noch Sohn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, gar Anklage erhoben, beide befinden sich noch immer auf freiem Fuß – natürlich auf der Schatzinsel „Germoney“. Auch von dem im März 2017 angekündigten Untersuchungsausschuß ist nichts vernehmbar.

Daß hinter dieser Plünderung der Deutschen System steht, sollte spätestens der dritte „Einzel-fall“ und bundesweite Betrug gleicher Prägung belegen: Da sich seit 2010 Zahlungen für im Ausland lebende Kinder von EU-Ausländern – für die ihre Staaten zuständig sind, weil sie deren Staatsbürger und künftigen Steuerzahler sind – fast verzehnfacht haben, erlaubt sich die „rechts-populistische“ AfD im Bundestag eine Anfrage. Gegenwärtig überweist der deutsche Steuer-Michel jährlich 343 Millionen seiner erwirtschafteten Euros auf ausländische Konten. Die Zahl selbst mußte die Bunte Regierung auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten und Mitglieds im Ausschuß für Arbeit und Soziales, René Springer, einräumen. Wie dargetan, wird diese Form des Sozialbetrugs von kriminellen Ausländerbanden im großen Stil und straflos organisiert.

Deshalb wollte es Springer ganz genau wissen und fragte bei der Bunten Regierung nach:

„Wie viele kindergeldberechtigte EU-Ausländer, deren Kinder im Ausland leben, beziehen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch oder sonstige Sozialleistungen?“

Die Regierung des Landes, in dem sonst jede Schraube gezählt wird, antwortete: dazu würden „keine Erkenntnisse vorliegen“. Springer war aus gutem Grunde mißtrauisch:

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß tatsächlich keine Zahlen darüber erhoben werden, welche EU-Ausländer Kindergeld für im Ausland lebende Kinder und gleichzeitig deutsche Sozialleistungen beziehen.“

Sein berechtigter Verdacht:

„Ich gehe davon aus, daß die Zahlen sehr wohl im Sozialministerium vorliegen, sie aber weder der AfD-Fraktion noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.“

Warum nicht? Weil sie den Beweis für die Ausplünderung Deutschlands liefern würden! Zur Erinnerung, über Deutschland, eines der „reichsten Länder der Welt“, das Land in dem wir gut und gerne leben, brachte 2013 eine EZB-Umfrage zutage: **„Deutsche sind die Ärmsten im Europa“**.

⁹ Sozialbetrug: Das Füllhorn des Herrn Öztürk, Junge Freiheit v. 02.07.2016, v. Reinhold Bertold

„Das Nettovermögen der Masse der deutschen Haushalte ist nach Daten der Europäischen Zentralbank niedriger als in jedem anderen Euroland. Das Medianvermögen beträgt hierzulande 51.400 Euro – in Zypern 266.900 Euro.“

Nun will „Rechtspopulist“ Springer darauf drängen, „umgehend belastbares Zahlenmaterial zu bekommen“. Was auf bürgerschaftlicher Ebene unaufgeklärt bleiben soll (und zwar unter Beihilfe der Strafverfolgungsbehörden), soll auch auf Bundesebene unaufgeklärt bleiben – ob das funktioniert, wird sich zeigen.

Der außenpolitische Sprecher der AfD, Petr Bystron, teilte mit, dem Berliner „gelebten Orient“ auch anderweitig auf die Sprünge helfen zu können. Wenn Merkels beim Sozialbetrug beihilfeleistende „Regierung“ auch weiterhin zu verschleiern suche, könne man auch „bei den zuständigen Stellen in Rumänien und Bulgarien um Amtshilfe bitten“. Schlimmer als in Berlin könne die Informationslage selbst auf dem Balkan nicht sein.

...

> Visa
> Paßentzug | Paßversagung
> Heiraten | Lebenshilfe
> Heiraten im Ausland
> Rechtsberatungen
> Übersetzungen
> and more ...

Büro Gattermann

วีซ่า | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 - THAILAND -
☎ 0066 - 930817923 📠 0861 - 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

Unsere Dienstleistungen umfassen insbesondere:

- Übersetzungen von Deutsch in Thai und umgekehrt,
- Beantragung von Visa zur Einreise in die Schengen-Staaten, und zwar
- für Besucher, Geschäftsreisende und Touristen mit oder ohne Heirat, bei Bedarf Remonstrations (nach Schweizer Recht „Einsprache“);
- zu Eheschließungen oder Eingehung einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft nach deutschem Recht einschließlich Beratung,
- sowie zu Ausbildung, Studium, Arbeitsaufnahme und Blue Card.
- Beratung und Hilfe bei Aufenthaltssachen,
- sowie Aufenthaltstitel.
- Beratung im Hinblick auf Eheverträge sowie Erstellung solcher;
- Beschaffung von Arbeitserlaubnissen, auch für selbständige Tätigkeiten.
- Beratung und Hilfe beim Nachzug von Familienangehörigen,
- einschließlich Adoptionssachen;
- Vaterschaftsanerkennungen;
- Vertretung in sämtlichen damit zusammenhängenden Gerichtsverfahren in zivil-, straf- und verwaltungsgerichtlichen Angelegenheiten, bundesweit, ausgenommen Steuerrecht;
- wo sachlich geboten auch Beantragung von Prozeßkostenhilfe (PKH) nach §§ 114 ff. ZPO.
- Schriftliche Kurzberatungen möglich (bitte vorher Preise anfordern);
- Formularenservice (Merkblätter zu den einzelnen Rechtsgebieten).
- Einzug von Rentenanwartschaften für ausgereiste Arbeitskräfte,
- Einzug rückständiger Löhne, Alimentationen und anderer Forderungen.
- Hilfe und Beratung bei Gründung von eingetragenen thailändischen oder binationalen Vereinen sowie Erstellung von Satzungen für solche,
- weitere umfangreiche Angelegenheiten auf Anfrage.

Es werden nur Anfragen mit vollständigem Klarnamen, Anschrift usw. bearbeitet!



Zu folgenden Themen sind Merkblätter vorhanden, die bei entsprechenden Aufträgen umsonst überlassen werden, andernfalls käuflich zu erstehen sind. Es handelt sich durchgängig um juristische Abhandlungen (mit Quellennachweisen), deren Preis sich nach Umfang und Komplexibilität des jeweils behandelten Themas richtet:

- **Merkblatt Schengen-Visum für Deutschland** (Deutsch und Thai)
- **Merkblatt Schengen-Visum** (Englisch)
- **Merkblatt Voraussetzungen zur Blue Card**
- **Merkblatt zur Verpflichtungserklärung** (u. a. mit Angaben zur Einkommenshöhe)
- **Merkblatt Visum abgelehnt, Remonstration**
- **Merkblatt zum Legalisations- und Legalisationsersatzverfahren**
- **Merkblatt Kriterien zum Scheinehe-Verdacht**
- **Merkblatt zur Stärkung der Rechte von Vätern unehelicher Kinder** (seit 2013)
- **Merkblatt zur Sprachtest-Vermeidung**
- **Merkblatt Schengen-Visum für die Schweiz**
- **Merkblatt zur Heirat und Familienzusammenführung in der Schweiz**
- **Merkblatt zur Doppelstaatsbürgerschaft in Deutschland**
- **Merkblatt zur Vaterschaftsanerkennung in Deutschland**
- **Merkblatt zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen DE/TH** (für Expats!)
- **Merkblatt zum Eherecht 2006** (Schwerpunkt Scheidung)
- **Merkblatt zur Prävention bei drohendem Kindesentzug und Kindesentführung**
- **Merkblatt zur Paßentziehung und Paßverweigerung** (§§ 7, 8 PaßG)
- **Merkblatt Handreichungen für den Notfall** (speziell für Expats, auch junge, was für den Todesfall vorzubereiten ist)

